

## Kurz vor Redaktionsschluß:

### Die Rache des Föderalismus – Gefährliches Impf-Chaos in Senatsverwaltung!?

(A+S 9 – 21) Der bundesdeutsche Föderalismus kann ein Segen sein, aber auch ein riesiger Fluch. Bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie eher letzteres. Das zeigt sich nun in dem stundenlangen, manchmal ergebnislosen „Gezerre“ in der nicht im Grundgesetz (GG) festgeschriebenen, mittlerweile fast ständigen Konferenz der Regierungschef\*innen der Länder mit der CDU-Bundeskanzlerin Dr. rer. nat. Angela Merkel MdB (66). Auch bei der Umsetzung von Beschlüssen zwischen dem Bund und den Ländern zeigen sich gravierende Unterschiede. Wenn dann die beteiligten Bürokratien bzw. ihre Leitungsebenen auch noch völlig mit der Situation überfordert scheinen, dann gleitet den Entscheidungsträger\*innen die Beherrschung der Situation völlig aus den Händen. Ein aktuelles Beispiel bietet dafür ausgerechnet die Senatsverwaltung für Gesundheit in der Hauptstadt. Das geht u.a. aus Dokumenten hervor, die der A+S-Redaktion vorliegen. In den Berliner Impfzentren drohen freiwillig dort arbeitende Mitarbeiter\*innen damit, ihre Arbeit einzustellen, weil sie zum einen ohne Verträge dastehen und seit Wochen kein Geld gesehen haben. Die Leitung der Berliner Behörde steht seit längerem im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik.

Manches organisatorisches Chaos hat seine Vorgeschichte. So auch das Berliner. Am 6. November 2020 einigten sich CDU-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn MdB (40) und die Gesundheitsminister\*innen und -senator\*innen der Länder in der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) mühevoll auf ein einheitliches Impfkonzzept (vgl. A+S 46 – 20, S. 2ff). Danach sollte der Bund die Impfdosen auf Staatskosten „beschaffen“. Und die Länder erklärten sich bereit, „das notwendige Zubehör zur fachgerechten Durchführung von Impfungen in den Impfzentren einschließlich mobiler Impfteams eigenständig und in ausreichenden Mengen“ zu beschaffen und aus den jeweiligen Länderhaushalten zu finanzieren. In Punkt 2 der Übereinkunft vereinbarte man, daß die Länder die Impfzentren eigenverantwortlich „errichten“ sollten. Und „bei Bedarf“ auf die Hilfe ihrer jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigung (KVen) zurückgreifen sollten. Der Bund wollte darüber hinaus in einer Impfverordnung eine „Pflicht der KVen“ verankern, „auf Verlangen der Länder mitzuwirken.“

Nur, die danach vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) produzierte Novelle der Impfverordnung war so schlampig formuliert, daß die „Mitwirkung“ der Vertragsärzt\*innen fast unmöglich erschien. Einige Bundesländer, wie etwa NRW, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und sogar Brandenburg, wußten sich zumindest zu helfen. Man legte so genannte „Pilotprojekte“ auf, um hausärztliche und andere Praxen in das Impfgeschehen mit einbeziehen zu können (vgl. A+S 8 – 21, S. 2ff.). Das gelang mehr oder weniger erfolgreich – seither fluppt das Impfgeschehen nicht nur am Rhein, sondern auch in einigen der Gebiete rechts der Elbe anscheinend besser.

Offenbar nicht so in Berlin. In der Senatsverwaltung für Gesundheit herrscht seit Dezember 2016 die SPD-Senatorin Dilek Kalayci MdB (54). Die diplomierte Wirtschaftsmathematikerin zeichnete

A + S aktuell - Ambulant und Stationär aktuell

gegr. 1978 von Dr. phil. Hanns Meenzen (+), vereinigt seit 2011 mit „DER KASSENARZT“ · ISSN 0178-0999

Chefredakteur: Wolfgang G. Lange · Redaktion und Verlag: MC.B Verlag GmbH · Hannoversche Str. 22 · 10115 Berlin-Mitte

Telefon 0 30 / 275 965 90 · Telefax 0 30 / 275 965 92 · E-mail: [Lange@mcb-verlag.de](mailto:Lange@mcb-verlag.de) · Internet: [www.a-und-s-aktuell.de](http://www.a-und-s-aktuell.de)

Bankverbindung: Deutsche Apotheker- und Ärztebank (BLZ 300 606 01) Konto-Nr. 000 344 56 58

IBAN: DE29 3006 0601 0003 4456 58 · BIC: DAAEDEDXXX

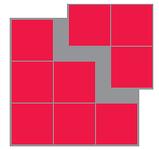
Der „A + S aktuell“ ist nur im Jahresabonnement (p.a. € 460,00 inkl. Versand zzgl. MwSt.) erhältlich. Im Laufe des Jahres eingegangene Abonnements werden pro rata temporis abgerechnet. Nur bis zum 30. September eines Jahres eingegangene schriftliche Kündigungen per Brief oder Fax werden zum 31. Dezember des gleichen Jahres gültig.

Der „A + S aktuell“ ist urheberrechtlich geschützt, jede Art des Kopierens, des Ab- und Nachdruckes, der Vervielfältigung, Speicherung auf elektronischem oder anderem Wege bzw. Weiterverbreitung bedarf der schriftlichen Genehmigung durch den Verlag. Es gelten die AGB-Bestimmungen des Verlages in der jeweils gültigen Fassung.

sich nicht gerade durch übermäßige Sachkunde oder gar Fleiß aus. Auch will sie am 26. September 2021 nicht wieder für das Berliner Abgeordnetenhaus kandidieren. Die Tagesarbeit überläßt sie daher gerne ihren Beamt\*innen. Vor allem ihrem beamteten Staatssekretär. Solange dieses Amt von Boris Velter (53), einem ehemaligen engen Mitarbeiter der ehemaligen wie langjährigen SPD-Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (71), bekleidet wurde, drang nichts Negatives nach draußen. Aber die damals noch Dilek Kolat heißende Ressortchefin schickte den Fachkundigen urplötzlich Ende 2018 in die Wüste. Und holte sich ihren aktuellen Amtschef Martin Matz (55) ins Haus. Das ehemalige Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (2001 – 2006) war schon zu Anfang dieses Jahrtausend für negative Schlagzeilen gut. Die fabrizierte er zuerst in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der FDP Berlin. Als er sich mit der liberalen Hauptstadtkaute heillos zerstritten hatte, trat er im September 2004 aus der FDP-Fraktion aus und heuerte bei den Sozialdemokraten an. Und beim Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz dürften so einige Entscheidungsträger\*innen nicht traurig gewesen sein als ihr bisheriger Vorstand in die Senatsverwaltung wechselte.

Matz zeichnet laut Organigramm in der Senatsverwaltung für die verwaltungstechnisch wichtige Zentralabteilung und die Abteilung I „Gesundheit“ verantwortlich. Also die beiden Bereiche, die in der aktuellen Corona-Pandemie besonders gefordert sind. Dort scheint seit Monaten nicht alles so rund zu laufen. Erhebliche „Schwierigkeiten“ deutete bereits am 23. Februar 2021 der Neo-Vorstandsvorsitzende der KV Berlin, Dr. med. Burkhard Ruppert (60), in einem Interview mit dem „ärztenachrichtendienst“ (änd) an. Er beklagte – wenn auch mit sehr vorsichtigen Worten – die verschiedenen Probleme, die in den hauptstädtischen Impfzentren herrschen würden. Man las u.a. im „änd“: „Darüber laufen jetzt seit vielen Wochen Gespräche mit der Senatsgesundheitsverwaltung. Bisher aus unserer Sicht mit keinem guten Ergebnis. Derzeit gibt es nur einen Arzt für alle Impfzentren, den die Senatsverwaltung auf unser Betreiben hin eingesetzt hat, aber das reicht auf keinen Fall. Eigentlich bräuchten wir für jede Impfstelle mindestens zwei Ansprechpartner.“ Was der Kinderarzt nicht sagte, kam später hinter den Kulissen heraus. In der Senatsverwaltung ließ man offenbar viele Dinge entweder schleifen oder unerledigt liegen. Ob aus Überforderung, Unkenntnis oder bewußt, das entzieht sich der Kenntnis der A+S-Redaktion.

Aber nicht nur die KV dürfte man in der Matz-Verwaltung am langen Arm buchstäblich verhungern haben lassen. Sondern auch seit Anfang Februar 2021 die Mitarbeiter\*innen in den Impfzentren. Wie aus internen Mails der dort Beschäftigten hervorgeht, hatte man bis zum Abend des 3. März 2021 „gar keine gültigen Verträge“. Alte Verträge seien mit Tipp-Ex ohne Information, aber mit Unterschrift der Mitarbeiter\*innen geändert worden. Und scheinbar blieben auch die zugesagten Honorare aus! Man habe dem Staatssekretär ein Ultimatum gestellt. Sollte das bis zum 4. März 2021, 17.00 Uhr – also nach Redaktionsschluß dieser A+S-Ausgabe – verstreichen, so werde man „mit sofortiger Wirkung“ kündigen. Also die Arbeit einstellen! Diese Wut-Bekundungen korrelieren mit einem Bericht der Berliner Tageszeitung „Tagesspiegel“. Dort ist ebenfalls von zu spät gezahlten Honoraren an abgestellte wie freiwillig in den Einrichtungen arbeitenden Mitarbeiter\*innen – u.a. DRK, Maltesern, Johannitern aber auch von Pharmafirmen wie der in der Hauptstadt an-säßigen Berlin Chemie AG – die Rede bzw. von fehlenden Verträgen. Das habe die Pharmafirma veranlaßt ihre Truppen abzuziehen. Aber auch von „zu spät verschickten“ Impfeinladungen an die über 80-jährigen Berliner durch die Gesundheitsverwaltung ist die Rede. Viele der Greis\*innen hatten wohl



überhaupt noch keinen Brief bekommen, im Gesundheitsausschuß des Landesparlamentes müssen die sozialdemokratischen Entscheidungsträger\*innen demnach eingestanden haben, daß „einzelne Einladungsbriefe abhanden gekommen“ seien. Pikant: Berlin gehört zu den Bundesländern mit der geringsten Impfquote.

WWW.A-UND-S-AKTUELL.DE

